

Ministerium für Inneres und Kommunales  
des Landes Nordrhein-Westfalen



**Rede des  
Ministers für Inneres und Kommunales  
des Landes Nordrhein-Westfalen**

**Ralf Jäger**

**Einführung in die innenpolitischen Schwerpunkte der 16. Wahlperiode  
Bericht der Landesregierung**

**Innenausschuss  
27. September 2012**

**– Es gilt das gesprochene Wort –**

Für viele Menschen ist "Demokratie" heutzutage nur ein Begriff. Sie wird als selbstverständlich hingenommen, und oftmals wird von ihr gar nicht aktiv Gebrauch gemacht. Dabei vergessen Manche, dass in Deutschland vor Jahrzehnten Menschen im Kampf für die Demokratie sehr viel riskiert haben, oft auch ihr eigenes Leben und das ihrer Familien. Die Demokratie ist das Fundament unserer Gesellschaft. Wir – und damit meine ich uns alle als Gesellschaft - wir dürfen nicht zulassen, dass dieses Fundament beschädigt wird!

Die Bedrohungen, denen wir uns konsequent entgegenstellen müssen, kommen aus unterschiedlichen Richtungen: Rockerbanden, die erpressen, bedrohen, auf offener Straße ihre Fehden gewaltsam austragen und damit auch unbeteiligte Dritte gefährden. Fanatische Salafisten, die zu Gewalt und Terror aufrufen. Rechtsextremistische Vereinigungen, die mit ihren perfiden Machenschaften junge Menschen zu gewalttätigen Neonazis machen.

Gegen die **Bedrohung von Rechts** gehen wir gut vorbereitet und mit der Härte des Gesetzes vor. Mit dem "Acht-Punkte-Programm gegen Rechts" zeigen wir ganz entschieden auf breiter Ebene Flagge. Wir verbieten verfassungsfeindliche Vereinigungen und zerschlagen so bestehende Strukturen, reißen große Löcher in das Netzwerk. Die Folgen? Eine geschwächte Infrastruktur, eine hohe Verunsicherung innerhalb der Szene, und das klare Signal: null Toleranz, der Staat duldet keine rechtsfreien Räume!

Der Klage der Vereinigung "Nationaler Widerstand Dortmund" und auch allen weiteren Klagen, die da noch kommen mögen, sehen wir gelassen entgegen. Wir haben unsere Hausaufgaben gemacht und sind uns sicher, dass die Verbote auch gerichtlich bestätigt werden. Wir werden die Szene weiterhin besonders sorgfältig im Blick haben. Dies gilt auch auf die Vereinigung "Die Rechte". Wir haben Hinweise darauf, dass diese Neuorganisation den vom Verbot betroffenen Neonazis ein neues Zuhause geben soll.

Wir werden auch hier alles rechtlich Mögliche tun, dass verfassungsfeindliche Vereinigungen, in welchem Gewand auch immer, nicht unsere Demokratie gefährden.

Wir wissen mittlerweile, dass es enge Verbindungen gibt zwischen den verbotenen Kameradschaften und der NPD. Wir arbeiten weiter daran, Beweise für ein mögliches **NPD-Verbot** zu sammeln. Die Bund-Länder-Arbeitsgruppe wird sorgfältig prüfen, ob die Erkenntnisse für ein Verbot ausreichen werden.

Klar ist: Ziel ist ein Verbot dieser demokratiefeindlichen Partei, es muss aber sorgfältig begründet sein. Unser "Acht-Punkte-Programm gegen Rechtsextremismus" beschränkt sich aber nicht nur auf Verbote. Neben diesen kommt auch dem **Aussteigerprogramm** eine Schlüsselrolle zu. Damit bieten wir denjenigen, die aussteigen wollen, die Möglichkeit, auf den Pfad unserer demokratischen Gesellschaft zurück zu kehren.

Ein Grundgedanke unserer Landesregierung ist Prävention auf allen Ebenen. Auch bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus setzen wir daher auf das Zusammenspiel von Repression einerseits, und Prävention andererseits. Wir wollen Kindern und Jugendlichen schon früh demokratische Werte vermitteln. Dazu arbeiten wir eng mit den Schulen zusammen. Unser Ziel ist es, junge Menschen möglichst früh über die Gefahren falscher Ideologien aufzuklären.

Ein elementarer Baustein unserer Demokratie ist die **öffentliche Sicherheit und Ordnung**. Die Bürgerinnen und Bürger müssen das Gefühl haben, in Sicherheit leben zu können. Der Polizei kommt dabei die Aufgabe zu, Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung abzuwehren. Seit meiner Ernennung zum Minister für Inneres und Kommunales im Jahr 2010 habe ich viele Polizeibeamte persönlich kennen gelernt. Ich habe erfahren dürfen - und darüber bin ich froh -, dass alle von ihnen diesen Gesetzesauftrag sehr ernst nehmen und ihn durch viel Einsatz mit Leben füllen.

Für mich steht fest: überhöhte Geschwindigkeit ist der Killer Nr. 1! Aus diesem Grund genießt vor allem die Verbesserung der Verkehrssicherheit eine sehr hohe Priorität, bei der die Polizei eine wesentliche Rolle spielt. Und auch hier gilt: Repression und Prävention gehen Hand in Hand.

Repression beispielsweise im Rahmen der Kampagne "**Brems Dich - rette Leben!**", zu der auch die beiden 24-Stunden-Biltzmarathons gehören. Erste Erfolge sind erkennbar: im ersten Halbjahr 2012 sank die Zahl der im Straßenverkehr Getöteten bereits. Wir werden auch mit dem nächsten Blitzmarathon wieder dafür sorgen, die Autofahrer auf die Gefahren überhöhter Geschwindigkeiten hinzuweisen. Die Kooperation mit den Niederlanden und Niedersachsen zeigt: für eine gute Sache kann man Landes- und Parteigrenzen überwinden.

Auf der anderen Seite Prävention, zum Beispiel durch das Projekt "**Crash Kurs NRW**", das deutschlandweit einzigartig ist und jungen Erwachsenen ungefiltert aus erster Hand vor Augen führt, welche Folgen Unachtsamkeit im Straßenverkehr nach sich zieht.

Der Ansatz der Prävention ist nicht allein auf die Sicherheit im Straßenverkehr beschränkt. Das Projekt "**Kurve Kriegen**", das die Ministerpräsidentin in ihrer Regierungserklärung bereits sehr anschaulich dargestellt hat, widmet sich der Vorbeugung von Jugendkriminalität.

Oder die Kampagne "**Riegel vor!**", mit der die Polizei wertvolle Aufklärungsarbeit leistet, um Wohnungseinbrüche zu verhindern und mehr Tatverdächtige zu ermitteln.

Auch in dem kürzlich vorgestellten "**Nationalen Konzept Sport und Sicherheit**" ist die Polizei als Netzwerkpartner involviert. Wir verfolgen dabei ein klares Ziel: Weniger Gewalt, mehr Sicherheit für die Fans. Auch hier gehen wir präventiv und repressiv vor: Dialog mit den Fans auf der einen Seite, konsequentes Vorgehen gegen Fehlverhalten auf der anderen Seite. Jeder muss seinen Teil beitragen, die Polizei, aber auch die Vereine und Fan-Verbände. Klar ist: die Vereine müssen selbst mehr für die Sicherheit tun.

Gleichwohl stehen wir, gerade was die Polizeibeamten angeht, vor der Herausforderung der **demografischen Entwicklung**. In wenigen Jahren wird die Zahl der Beamten, die aus dem Polizeidienst ausscheiden, die Zahl der Neueinstellung übersteigen. Wir haben bereits die Zahl der Neueinstellungen pro Jahr von 1.100 auf 1.400 erhöht. Damit sind an allen Ausbildungsstandorten

die Kapazitäten ausgeschöpft. Wir werden deshalb Lösungen finden müssen, damit die Polizei in NRW weiterhin ihre Aufgaben und natürlich auch die Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger erfüllen kann. Dazu werden wir konsequent alle Möglichkeiten zur Entlastung von Polizeibeamten nutzen.

Eine funktionierende Demokratie setzt immer auch voraus, dass der Staat "mit der Zeit geht", sich und seine Strukturen modernisiert. Wie man es nicht macht, das hat uns die schwarz-gelbe Regierung von 2005 bis 2010 gezeigt. Ich möchte als Beispiel nur die Umwelt- und Versorgungsverwaltung nennen: den Kommunen zusätzliche Aufgaben zu übertragen, ohne an eine auskömmliche Ausgleichsfinanzierung zu denken, kann man nicht als weitsichtig bezeichnen. Hier mussten wir mit zusätzlichen 21 Mio. EURO pro Jahr und einmaligen 7,5 Mio. EURO eingreifen, um diese Baustelle zu schließen.

Wir machen es anders. Wir stellen uns der **Aufgabenkritik** und werden genau prüfen, an welchen Stellen eine Veränderung der Verwaltung für alle Seiten Sinn macht. Zu einem modernen Staat gehört natürlich auch ein zukunftsorientiertes, modernes **Dienstrecht**. Neben den Änderungen, zu denen wir rechtlich ohnehin verpflichtet sind, werden wir im Laufe der Legislaturperiode weitere sinnvolle Anpassungen vornehmen. Ziel dieser Anpassungen ist es, den öffentlichen Dienst weiterhin attraktiv und vor allem flexibel zu gestalten. Wir brauchen auch in Zukunft qualifizierte Fachkräfte in allen Bereichen, und nur mit einem zukunftsfähigen Dienstrecht werden wir die Leistungsträger für den öffentlichen Dienst begeistern.

Ich habe es eingangs bereits kurz angesprochen: in vielen Fällen nehmen die Menschen ihre Möglichkeiten der direkten Mitwirkung gar nicht wahr, z.B. bei **politischen Wahlen**. Die Politikverdrossenheit ist ein Thema, das uns alle angeht. Hier müssen wir ansetzen, und zwar in zweierlei Hinsicht: Wir müssen zum einen mehr Transparenz schaffen, Politik wieder nachvollziehbar, anfassbar machen. Dazu müssen wir die Bürgerinnen und Bürger informieren, ihnen vernünftige Angebote machen, sie an den politischen Entscheidungen teilhaben lassen. Das Schlüsselwort lautet "**Open Government**". Dabei geht es gar nicht darum, die Informationsbreite zu erhöhen. Es kommt vielmehr darauf an, die Informationsdichte zu steigern,

neue Wege zu gehen, die Möglichkeiten des Internets auszunutzen, kurzum: mehr Demokratie 2.0 wagen!

Klare, transparente Informationen sind das eine. Um es mit den Worten Goethes zu sagen: "Es ist nicht genug zu wissen – man muss auch anwenden." Darum müssen wir den Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit geben, in wichtigen Themen nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch **selbst entscheiden** zu können. Auf kommunaler Ebene haben wir das mit der Erleichterung von Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden bereits erreicht. Das wollen wir auch auf der Landesebene schaffen.

Zudem wollen wir den jungen Wählerinnen und Wählern das Signal geben: auch eure Stimme zählt! Die Absenkung des Wahlalters zu Landtagswahlen auf 16 Jahre ist daher ein wesentlicher Bestandteil unserer Strategie, Betroffene zu Beteiligten zu machen, Vertrauen zurück zu gewinnen.

Vertrauen zurück gewinnen und Transparenz schaffen, darum geht es auch bei der **Neujustierung des Verfassungsschutzes**. Wir sind uns bundesweit einig darüber, dass ein moderner Verfassungsschutz geprägt sein muss von Transparenz, Offenheit und Kooperation. Es muss bessere Möglichkeiten der Kontrolle durch die Parlamente geben. Zudem müssen Bund und Länder effektiver zusammenarbeiten, Informationen austauschen. Diese Ziele werden wir auch in NRW verfolgen. Allen Bürgerinnen und Bürgern muss zukünftig klar sein: der Verfassungsschutz dient dazu, unsere Demokratie zu beschützen, sie zu stärken. Er ist auf der Seite derer, die sich zu unserer Verfassung bekennen.

Lassen Sie mich zum Schluss noch auf die Veröffentlichung von Ausschnitten des **islamfeindlichen Films "Innocence of Muslims"** eingehen. Dieses widerwärtige Video hat weltweit für einen Sturm der Empörung gesorgt. Und das zu Recht. Empörung ist legitim, solange sie nicht in Gewalt umschlägt. Wegen der schweren, gewalttätigen Ausschreitungen in islamisch geprägten Staaten fühlen sich viele Bürgerinnen und Bürger hierzulande unsicher und befürchten auch in Deutschland gewaltsame Übergriffe. Zum jetzigen Zeitpunkt liegen den Sicherheitsbehörden in Nordrhein-Westfalen keine konkreten Hinweise dafür vor.

Was die Ankündigung von PRO Deutschland angeht, das Video in aller Öffentlichkeit zu zeigen: Demokratie heißt auch, die Meinungsfreiheit sicherzustellen. An die Einschränkung der Meinungsfreiheit im Zusammenhang mit dem Zeigen provozierender Karikaturen hat die Rechtsprechung hohe Hürden gestellt. Ob man eine Aufführung des besagten Videos unterbinden kann, muss man genauestens prüfen. Diese Prüfung muss auf Grundlage der geltenden Gesetze erfolgen. Denn ein generelles Einschränken der Meinungsfreiheit würde unsere Demokratie aushöhlen und das Fundament unserer Gesellschaft schwer beschädigen.

Mir ist klar, dass sich viele Muslime von dem Video provoziert fühlen. Genau das ist der Zweck, den der Urheber erreichen will. Ich bin daher froh, dass die Muslime in Deutschland friedlich und souverän auf das Hass-Video reagiert haben. Ich rufe alle Menschen, die sich von dem Video persönlich angegriffen fühlen dazu auf, ein friedliches Zeichen des Protestes zu zeigen. Aiman Mazyek, der Vorsitzende des Zentralrats der Muslime, hat es treffend formuliert: "Wir lassen keinen Hass zwischen uns". Wir werden alles dafür tun, den friedlichen Dialog mit den Muslimen wie bisher weiter zu verfolgen. Wir werden uns dabei nicht von demokratiefeindlichen Minderheiten abbringen lassen, weder von Rechtsextremisten, noch von fanatischen Salafisten. Wir wollen eine Gesellschaft ohne Gewalt, ganz gleich, aus welcher Richtung sie kommt.

Demokratie ist keine Selbstverständlichkeit, kein Selbstläufer. Jeder einzelne muss Verantwortung übernehmen, um sie zu bewahren, um sie zu stärken. Für das Ministerium für Inneres und Kommunales, für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Behörden meines Geschäftsbereiches gilt: wir nehmen den Auftrag der Wählerinnen und Wähler an und stellen uns dieser Herausforderung!